Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 7

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mag. Werden individuelle Freiheit und nationale Selbstbestimmung nicht zur Geltung gebracht, wo sie bedroht sind, verlieren sie ihre tragende Bedeutung überhaupt. Gerade im Blick auf die ungeminderten sowjetischen Zucht- und Eingliederungsversuche an wehrlosen Individuen und Nationen der «westlichen Satrapie» Osteuropa gilt es, den Gegner auf die Achtung dieser Grundsätze festzulegen. Jede andere Politik müßte unter den gegebenen Verhältnissen zur Selbstaufgabe der ideellen und existentiellen Positionen Europas und des «Westens» führen.

Copyright «Schweizer Monatshefte», Zürich.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die *Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Nr. 9, September 1954, New York) veröffentlichen eine Erklärung von *Matthew Woll,* dem Vorsitzenden des Komitees der amerikanischen Gewerkschaftsföderation für freie Gewerkschaften, *gegen die Aufnahme des kommunistischen Chinas* in die Vereinten Nationen. Wenn der Beitritt zur UNO allen friedliebenden Staaten freisteht, so ist es klar, daß das kommunistische China diese Voraussetzung nicht erfüllt. Das Peipinger Regime vertritt nicht das chinesische Volk. Obwohl es als eine totalitäre Diktatur seit mehr als fünf Jahren über absolute Macht verfügt, hat es bisher nicht gewagt, Gesamtwahlen abzuhalten. Mao Tse-tung hat sein 1937 gegebenes Versprechen nicht gehalten, die Frage der Einführung des sowjetischen Gesellschaftssystems in China durch eine demokratische Entscheidung des ganzen Volkes beantworten zu lassen. Viele Befürworter einer Aufnahme sind der festen Überzeugung, daß die Mitgliedschaft in der UNO das Regime Mao Tse-tungs transformieren und den Charakter der Peipinger Diktatur reformieren werde. Die Erfahrungen mit Rußland und seinen Satelliten beweisen zur Genüge, daß das nichts als Wunschphantasien sind. Dagegen würde die Aufnahme des kommunistischen Chinas, das gegen die UNO Krieg geführt hat, dazu beitragen, die Peipinger Diktatur zu legalisieren und ihr moralisches Ansehen zu schaffen. Anderseits würden die demokratischen Kräfte entmutigt und demoralisiert. Eine Aufnahme würde das kommunistische Regime in China selbst festigen und dessen Terror verschärfen. Eine solche internationale Anerkennung würde überdies verhängnisvolle Auswirkungen auf die antidemokratischen Kräfte in den Nachbarländern Chinas haben. Sie würde die nationale Unabhängigkeit dieser Länder gefährden und die subversiven Elemente stark ermutigen, welche die demokratischen Rechte der Völker Burmas, Thailands, Malaias, Ceylons, Indonesiens und selbst Indiens zu zerstören und deren demokratische Einrichtungen zu untergraben versuchen. Wir sollten nicht die katastrophalen Erfahrungen vergessen,

welche die freie Welt mit der totalitären nationalsozialistischen Diktatur gemacht hat. Wir sollten nicht zu der katastrophalen Politik zurückkehren, die unvermeidlich zum zweiten Weltkrieg geführt hat und lediglich zu einem neuen, noch schrecklicheren Weltbrand führen kann.

Eine aufschlußreiche Übersicht über *Rotchinas oberste Führung* (Leadership in New China) veröffentlichte der Londoner *Economist* (19. u. 26. Juni, 3. u. 10. Juli 1954). Die Studie ist nicht nur deshalb von Interesse, weil man im Westen von den rotchinesischen Führern, abgesehen von Mao Tse-tung und Tschu En-lai, relativ wenig weiß, sondern besonders wegen der darin enthaltenen Hinweise auf einige wichtige strukturelle Unterschiede zwischen dem chinesischen Regime und denjenigen der Sowjetunion und der osteuropäischen Volksdemokratien. Die staatliche Struktur Rotchinas ist noch stärker als die anderer kommunistischer Länder durch die Zersplitterung und Aufgliederung der Funktionen des Staatsapparates charakterisiert; für Einheitlichkeit und Koordinierung sorgt allein die Partei. Die zentrale Volksregierung ist dem Namen nach immer noch eine Koalitionsregierung. Deshalb müssen alle Organe, in denen auch Nichtkommunisten vertreten sind, schwach und geteilt bleiben. Die höchste Autorität der Volksrepublik ist das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, von dessen elf Mitgliedern fünf auch dem Sekretariat des Zentralkomitees angehören. Mao Tse-tung steht nicht nur dem Politbüro und dem Sekretariat vor, sondern ist außerdem Vorsitzender des Rates der Zentralen Volksregierung, eine Funktion, welche ihn zum formellen Staatsoberhaupt macht. Der zentrale regierende Volksrat mit 63 Mitgliedern — darunter sämtliche Mitglieder des Politbüros — ist nominell das oberste Regierungsorgan. Er gliedert sich in den Administrativen Staatsrat, den Volksrevolutionären Militärrat, die staatliche Plankommission, den Obersten Volksgerichtshof und in das Amt des Volksgeneralstaatsanwaltes. Als höchste Exponenten des kommunistischen Chinas sind die vier Männer anzusehen, welche als Mitglieder des Politbüros zugleich dem Sekretariat des Zentralkomitees als auch dem volksrepublikanischen Militärrat angehören: Mao Tse-tung, das Staatsoberhaupt, Liu Shao-ch'i, der Organisationsleiter und Zuchtmeister der Partei, Tschu En-lai, der Ministerpräsident und Außenminister, und Chu-Teh, der Oberkommandierende der Volksbefreiungsarmee [1]). — In Abweichung vom russischen Vorbild der Tscheka und ihrer Nachfolgeorganisationen gibt es in China keine Sonderformationen der politischen Polizei als Gegengewicht zur Armee. Chinas Armee und Miliz werden vielmehr durch den revolutionären Militärrat kontrolliert, der unter dem Vorsitz Mao Tsetungs sowohl Militärs als auch Zivilisten umfaßt. Dieses Kontrollsystem hat bisher offenbar gut funktioniert, wobei sehr viel von dem enormen persönlichen Prestige des Oberbefehlshabers und seiner unwandelbaren Treue zu Mao abzuhängen scheint. In der staatlichen Plankommission, die nach russischem Vorbild die Planwirtschaft leitet, bestehen beträchtliche Spannungen zwischen jenen Mitgliedern, die eine schnelle Industrialisierung auf Kosten des gegenwärtigen Lebensstandards erzwingen wollen, und anderen, die ein langsameres Tempo befürworten; zwischen denen, die den «sozialistischen Sektor» der Volkswirtschaft so rasch wie möglich ausweiten wollen, und jenen, die aus der privatkapitalistischen Wirtschaft und den Kulaken noch möglichst viel herauszuholen beabsichtigen; schließlich zwischen denen, die der Rüstungsindustrie die absolute Priorität geben möchten, und jenen, die sich für die Verbesserung der Konsumgüterproduktion und Sozialleistungen einsetzen. Diese Differenzen scheinen in China ähnliche

[1]) Über Tschu En-lai siehe auch die Artikel von Hans Jaeger in der «Deutschen Rundschau» (Baden-Baden, Sept. 1954) und Ernst Krüger in der «Zeit» (Hamburg, 15. Juli 1954).

Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik verursacht zu haben wie in anderen kommunistischen Ländern, aber die allgemeine Wirtschaftssituation in China legt eher einen Vergleich mit der sowjetrussischen NEP-Periode als mit der gegenwärtigen Lage in der Sowjetunion oder deren Satelliten nahe. Die Staatsverwaltung erfaßt in den kommunistisch regierten Ländern einen weit größeren Bereich als in den Staaten westlicher Prägung, weil der Kommunismus das ganze menschliche Dasein einschließlich des gesamten geistigen Lebens zu organisieren versucht. Besondere Aufmerksamkeit schenkt China den Universitäten, in denen die von den Russen übernommene und von den Chinesen verfeinerte Methode der Gehirnwäsche mit besonderem Eifer durchgeführt wird.

Die unabhängige südindische Zeitung *The Hindu* in Madras, die im ganzen Lande gelesen und wegen ihrer sauberen Kritik geschätzt wird, nimmt in der Ausgabe vom 9. September zu dem SEATO-Vertrag in ihrem Leitartikel Stellung. Das Blatt findet es merkwürdig, daß England und Frankreich diesen unterzeichnet haben. «Es ist noch nicht so lange her», so schreibt der «Hindu», «daß auf die Initiative dieser beiden Länder hin das Genfer Abkommen mit China und Rußland geschlossen wurde, das zu dem Waffenstillstand in Indochina geführt hat und Wahlen in zwei Jahren vorsieht. Ein solches Abkommen setzt gegenseitiges Vertrauen unter den kontrahierenden Parteien voraus und auch, daß jeder der Beteiligten den übernommenen Verpflichtungen nachkommen wird. Die USA waren in Genf nur als schweigende und mißbilligende Beobachter vertreten. Sie waren an einer durchaus anderen Politik interessiert, nämlich an einer südostasiatischen Verteidigungsallianz. Es ist sonderbar, um es vornehm auszudrücken, daß England und Frankreich nunmehr die gleiche Politik wie die USA akzeptiert haben.» Der «Hindu» geht dann im einzelnen auf das von dem SEATO-Vertrag erfaßte Gebiet ein, insbesondere darauf, daß die Vertragspartner es für notwendig befunden haben, Kambodscha, Laos und Teile von Vietnam einzubeziehen. Das Blatt fährt fort: «Als die Kommunisten in Indochina vordrangen, konnten die USA nur Flugzeuge zur Verteidigung anbieten, England und Australien taten nicht einmal das. Der von Indien in Genf propagierte Waffenstillstand rettete Kambodscha, Laos und teilweise Vietnam vom Überranntwerden. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache glauben Indien und die Colombo-Mächte, daß nicht mit Drohungen, sondern durch Verhandlungen und ‚goodwill' Frieden in Südostasien bewahrt werden kann.»

Der *Bombay Chronicle,* das Blatt des indischen Nationalkongresses, schließt seinen Leitartikel über das gleiche Thema (Ausgabe vom 10. September), in dem darauf hingewiesen worden ist, daß gemäß dem SEATO-Abkommen auch das kommunistische China berechtigt wäre, in die Manila-Organisation aufgenommen zu werden, wie folgt: «Die neue Pacific Charter mag voll guter Absichten sein wie die Atlantic Charter. Aber das Problem ist höchst kompliziert. Vorläufig ist man in Asien sehr zurückhaltend und vermag nicht die neue Organisation sehr ernst zu nehmen. Der Manila-Vertrag hat eine solche gegen den kommunistischen Block geschaffen. Was auch immer die theoretischen Absichten des Vertrages sein mögen, in Praxis hat er die feindliche Atmosphäre gesteigert und bedeutet daher für den Frieden mehr eine Gefahr als eine Garantie, diesen zu bewahren.»

Unter dem Titel *Apostels of discord* befaßt sich die von der *Free Europe Press* herausgegebene Monatsschrift *News from behind the Iron Curtain* (New York) in Nr. 3/1954 mit dem Problem des *Hooliganismus* und *Bikinismus* in den Satellitenstaaten. Ihre Feststellungen decken sich weitgehend mit dem Artikel *Rebellische Jugend in Osteuropa* in der NZZ Nr. 883/1954. — Hooliganismus und Bikinismus sind Facetten

einer scheinbar unüberwindlichen Unbotmäßigkeit der männlichen und weiblichen Jugend, die in einem wirklichen oder vermeintlichen amerikanischen Lebensstil zum Ausdruck kommt. Zum großen Entsetzen der kommunistischen Machthaber tragen die Jungen eng anliegende Hosen mit breiten Aufschlägen, selbstbemalte, mit amerikanischen Zigarettenmarken verzierte Krawatten und gestreifte Socken; die Mädchen gehen mit geschlitzten Röcken und geschminkten Lippen einher. Weit davon entfernt, solche «Freiheiten» als Modetorheiten hinzunehmen, sehen die Träger der kommunistischen Kultur hierin gefährliche Abweichungen von der Parteilinie und Überbleibsel der «bourgeoisen» Epoche und setzen diese «Dekadenzerscheinung» mit der Jugendkriminalität auf dieselbe Stufe. — Eine im Oktober 1951 in *Polen* eingesetzte Spezialkommission zur Bekämpfung des Hooliganismus, welcher der Status eines Gerichtshofes zuerkannt wurde, hat bis heute 1000 Verurteilungen von drei Monaten Gefängnis bis zu Zwangsarbeit auf unbestimmte Zeit ausgesprochen. In der *Tschechoslowakei* interniert man die Fehlbaren in Erziehungsanstalten, die als «Reformschulen» bezeichnet werden. Bis heute gibt es deren acht, in die 350 Jungens von 15 bis 19 Jahren für 2—15 Jahre zwangsweise eingeliefert wurden. — Der Autor schließt seine Ausführungen mit der Feststellung: «Hooliganismus ist in den versklavten Gebieten zweifellos ein Beispiel für die Art und Weise, wie sich der Widerstand gegen die totale Kontrolle aller Lebensäußerungen in Osteuropa auswirkt. Er kann z. B. in der Weigerung zum Ausdruck kommen, eine verwandtschaftliche Beziehung mit dem Westen aufzugeben, selbst wenn diese lediglich in der Zustimmung zu Erscheinungsformen der westlichen Kultur, wie beispielsweise handgemalte Krawatten und Kaugummi, besteht. Eine solche Zustimmung bedeutet intern eine Westpropaganda, um gegen die antiwestliche Regimepropaganda anzukämpfen. Es gehört zum Wesen der Jugend und ihrem Gehaben, gegen Reglementiererei und Langeweile zu protestieren; indem sie es tut, bringt sie zum Ausdruck, daß auch der totalitäre Kommunismus eine Kultur nicht völlig mit Beschlag belegen und formen kann... Für ein System, das die «Revolte» auf seine Fahne geschrieben hat und sich jetzt unfähig zeigt, mit dem Widerstand und Nonkonformismus der Jugend fertig zu werden, ermangelt diese Feststellung in politischer und soziologischer Hinsicht nicht der Ironie. Wie Vecker (Erster Sekretär des Zentralkomitees des tschechischen Jugendverbandes) in seiner Ansprache an den tschechischen Jugendverband zugab, hatten die Kommunisten mit ihrem Versuch, eine von allen nichtkommunistischen Einflüssen freie Generation heranzubilden, bisher keinen Erfolg.»

Diese Feststellung scheint in vermehrtem Maße für die deutsche Ostzone zuzutreffen. Wie *Heinz Kersten* im *SBZ-Archiv* (Köln) Nr. 5/1954 unter dem Titel *Die FDJ nach acht Jahren, Zur gegenwärtigen Situation der sowjetzonalen Jugendorganisation,* berichtet, sah sich die Führung der FDJ (Freie Deutsche Jugend) gezwungen, gegen das Tragen von Texashemden und «unkultiviertes» Tanzen in den eigenen Reihen vorzugehen. Auch hier ist die Rede von «Agententum» und «Verletzung unserer Grundsätze». — Daß es sich um symbolische Embleme und Ausdrucksformen handelt, denen eine entsprechende politische Haltung zugrunde liegt, weist Kersten anhand der Berichte über die verschiedenen Tagungen des Zentralrates der FDJ nach. Diese am 7. März 1946 gegründete «Massenorganisation» hatte von Anfang an eine Monopolstellung inne. Es war ihre Aufgabe, eine neue Staatsjugend als geeignetes Instrument zur bolschewistischen Infiltration der gesamten Jugend heranzubilden. Dies ist ihr nach den Feststellungen Kerstens nicht gelungen, trotzdem ihr für die Schulung der Funktionäre die zentrale Jugendhochschule Bogensee (wo laufend 300 Teilnehmer in historischem und dialektischem Materialismus, Politökonomie, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Geschichte

der KPdSU und Sowjetpädagogik ausgebildet werden) zur Verfügung stand. Auch der «Politische Zirkel der FDJ», der seit 1. November 1953 an die Stelle der Jugendhochschule getreten ist, verspricht keinen besseren Erfolg. — Während der Mitgliederbestand des Verbandes ohne Jungpioniere Mitte des Jahres 1952 noch 1,4 Mio betragen haben soll, ist seither ein dauernder Rückgang zu verzeichnen. Namentlich der Umtausch der Mitgliedsbücher war mit einem großen Mitgliederschwund verbunden, den die Führung jetzt mit der Aufforderung, «bis zum II. Deutschlandtreffen der Jugend Hunderttausende Jugendliche, besonders aus den Reihen der Arbeiterjugend, für den Verband zu gewinnen», auszugleichen sucht. Von einer Gruppenarbeit kann vielerorts längst nicht mehr gesprochen werden, und Mitgliederbeiträge werden nur von 30—40% bezahlt. Auf dem Lande sieht die Bilanz noch ungünstiger aus. Am 1. März 1952 waren in 9157 Landgemeinden nur 8521 Grundeinheiten der FDJ, 28,1% der jugendlichen Landarbeiter und 19,7% der jungen Bauern organisiert. «Unter breiten Teilen der Landjugend sind Parolen über die sogenannte freie Wirtschaft und die damit verbundene Hetze gegen die rechtzeitige Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte verbreitet» (Wolfgang Steinkes auf der 2./IV. Tagung des Zentralrates vom 14./15. August 1952). — Doch nicht nur der Eifer der Mitglieder läßt zu wünschen übrig, selbst Spitzenfunktionäre haben sich als unzuverlässig im Sinne der SED erwiesen und eine feindliche Tätigkeit ausgeübt, «die sich gegen die Lebensinteressen der deutschen Jugend richtete». Es gab Ausschlüsse «wegen kapitulantenhaftem Verhalten am 17. Juni» und «nachweislich freundschaftlicher Beziehungen zu republikfeindlichen Elementen». — Wenn in einer Entschließung der 7./IV. Tagung des Zentralrates der FDJ offen zugegeben wird, es sei der Freien Deutschen Jugend seit der 6./IV. Tagung des Zentralrates «noch nicht gelungen, die überwältigende Mehrheit der Jugend in der Republik in den aktiven Kampf um die nationalen Lebensinteressen unseres Volkes einzubeziehen», so kommt diese Feststellung einer *Bankrotterklärung* gleich. Tatsächlich hat es die FDJ in den acht Jahren ihres Bestehens nicht zustandegebracht, die Jugend Mitteldeutschlands zu sowjetisieren.

Der stets gut orientierte *Intelligence Digest* (14 Old Queen Street, London S. W. 1) gibt in seiner Septemberausgabe nähere Angaben über die Frühjahrsmanöver der tschechischen Armee. Die Anlage beruhte auf der Annahme, daß eine kombinierte sowjetisch-polnische Heeresgruppe durch Mitteldeutschland Richtung Ruhrgebiet und die Niederlande vorstoße, während die tschechische Armee als Flankenschutz Richtung Westösterreich und Süddeutschland eingesetzt werde. In diesem Raum waren überlegene amerikanische Kräfte angenommen, die ihrerseits einen Flankenstoß gegen den russisch-polnischen Vormarsch vornehmen würden. — Manöverleiter war der russische Generaloberst Vassilij Gomski, dem 40 russische Stabsoffiziere zugeteilt waren. — Die tschechische Armee umfaßte 10 motorisierte Divisionen. Gegenüber früheren Manövern war die Artillerie quantitativ und qualitativ wesentlich überlegen. Zum erstenmal wurden vollständige Frauenbataillone und weibliche Fallschirmabspringer eingesetzt. Im gegebenen Moment wurde angenommen, der Raum zwischen Schlaggenwald und Ellbogen sei einem amerikanischen Atomangriff ausgesetzt, wobei zum erstenmal speziell für den Atomkrieg gebildete Entgiftungs- und Reparatureinheiten eingesetzt und der Abtransport «strahlenverseuchter» Mannschaften organisiert wurde. Nach 48 Stunden galt die verseuchte Gegend als wieder passierbar. Im Gegensatz zu den letztjährigen Herbstmanövern wurde keine Atomartillerie eingesetzt, da diese ausschließlich als Defensivwaffe angesehen wird.

«Auf der einen Seite des Boulevards weiträumige, fast schon protzige Appartements zu horrenden Preisen; auf

der anderen sieben Jahre alte Baracken, deren Fundamente langsam verfaulen.» Mit diesem Satz, der nach dem Urteil des Blattes für die europäischen Länder nach dem Kriege allgemein als Ausgangslage gegolten hat, leiten die *Dokumente,* eine *Zweimonatsschrift im Dienst internationaler Zusammenarbeit* (Offenburg in Baden), eine längere Ausarbeitung über *Westeuropas Wohnungsprobleme* ein (Heft 2/1954). Der Artikel bezweckt, den besten Weg in den Versuchen der einzelnen Staaten aufzuzeigen, mit der Wohnungsnot fertig zu werden. — Für *Frankreich* berichtet zunächst *Paul Cornière* über den Wiederaufbau in Le Havre, den er als symptomatisch für die Unwirksamkeit der Maßnahmen der französischen Regierung gegen die Wohnungsrot anspricht. Hier sind Milliardenbeträge in repräsentative Gebäude gewandert und Paläste für die Reichen wie Pilze aus der kriegszerstörten Erde geschossen, während die breite Masse in ihren Baracken bleiben muß. Wenn für einen Neubau zum Preise von 1,8 Mio ffr., selbst bei Gewährung einer Anleihe von deren 1,44 Mio, immer noch an 360 000 ffr. (etwa 3600 sfr.) eigene Mittel aufzubringen sind, dann ist es für den Durchschnittsarbeiter mit einem Monatsverdienst von 30 000 ffr., dem hievon 8% für Wohnung und Miete zur Verfügung stehen, schlechterdings unmöglich, zu einem eigenen Heim zu gelangen. Will die französische Regierung auf die Dauer Unruhen vermeiden, dann muß sie nach anderen Methoden zur Befriedigung des Wohnraumbedarfes Umschau halten. Das ist auch die Quintessenz der Folgerungen, die *Guy Houist* aus der allgemeinen Wohnungssituation in Frankreich zieht. — In *Finnland,* über das *Kauko Sipponen* referiert, sieht das Ergebnis dieses Kampfes besser aus. Der finnischen Regierung ist es geglückt, die Heimatvertriebenen unterzubringen. Mit dem Ziele, dem im Kriege obdachlos Gewordenen ein neues Heim zu verschaffen und durch Wohnungsplanung die bisher vorhandene Überbelegung benutzter Räume aufzulockern, hat ein Bodenbeschaffungsgesetz von 1945 und ein Wohnungsbaugesetz von 1949 vorzügliche Dienste geleistet. Von 1945 bis 1953 wurden 63 660 Wohnungen im Werte von rund 120 Md Finnmark (fast 1,5 Md sfr.) geschaffen. Es verbleibt allerdings für die Zukunft als Aufgabe die Errichtung etwas bescheidener Häuslichkeiten. — Im Gegensatz hierzu darf sich *Schweden,* das keine Flüchtlinge oder Ausgebombte unterzubringen hatte, nach der Auffassung von *Thea Rippner* und *Gunnar Fischer* nicht mit Zwergwohnungen begnügen. 1945 lebten 30% der städtischen Bevölkerung in zu engen Räumlichkeiten. Zur Auflockerung dieser Dichte fördert der Staat heute durch Subventionen und Darlehen den Bau von Eigenheimen und Mehrfamilienhäusern. Vor einer sozialen Deklassierung, wie sie der sogenannte Dreikronenbetrag mit seiner Verbilligung der Miete pro m² Wohnfläche um 3 Kr. für Familien mit niedrigem Einkommen im Gefolge haben muß, glauben die schwedischen Verfasser allerdings warnen zu müssen. — Das Wohnungsproblem *Großbritanniens* liegt gemäß dem Bericht von *R. P. Walsh* in dem Streben nach Modernisierung des Komforts für alle. Ein Hauptbegehren richtet sich auf die Beseitigung der Slums mit Häusern, die vor 1851 errichtet wurden. Von 1945 bis 1952 sind mehr als 1,25 Mio Wohnungen geschaffen worden; 1953 sind deren 300 000 dazugekommen. Trotz diesen imponierenden Zahlen begegnet die Wohnbaupolitik der konservativen Regierung nicht nur bei der Opposition einer heftigen Kritik. — *Holland* — so wird von *Rudolf Vink* ausgeführt — plant, bis zum Jahre 1965 den Wohnungsbedarf durch Neubauten familiengerechter Heime gedeckt zu haben. Der Siedlungsgedanke steht dabei im Vordergrund. — Auch in *Belgien,* dessen Wohnungsprobleme *Marcel Laloire* behandelt, ist die Befriedigung des Wunsches nach dem Eigenheim und der Kampf gegen die Slums die Hauptaufgabe. Ein verzweigtes Bauzuschuß- und -Darlehenssystem hat bereits nicht unbeträchtliche Fortschritte bewirkt. — In *Spanien* ist nach *Guillermo Rovirosa* die Wohnungssituation ähnlich der für

Le Havre geschilderten. Die allgemeine Preissteigerung und der gleichzeitig auf die Löhne ausgeübte Druck haben glänzende Fassaden von Luxusbauten und öffentlichen Gebäuden zur Folge gehabt, hinter denen sich die Elendsquartiere der Massen verbergen. — Den nach dem Kriege brennend gewordenen Wohnungsbedarf in *Italien* (Referentin *Lina Morino*) suchen große Pläne (benannt nach dem christlichen Demokraten Fanfani und Ministerpräsident Scelba) zu decken. Diese Initiative zeigt bereits gute Resultate. — *Guido Gaya* unterrichtet uns über den «Sozialen Wohnungsbau» in *Österreich,* der sich in erster Linie auf Wien konzentriert. Die Wohnung dieses sozialen Baues muß bestimmten Mindestforderungen genügen. Heute sind schon Neubauwohnungen errichtet worden, die etwa 15% des gesamten Bestandes ausmachen. — Endlich orientieren die «Dokumente» aus der Feder von *Hermann Baur* über die in der *Schweiz* neu entwickelten Siedlungsformen, die hier als bekannt vorausgesetzt werden können.

Gleichsam zur Abrundung des umfangreichen Berichtes in den «Dokumenten» bringen die *Frankfurter Hefte* vom April 1954 einen Artikel von *Hans-Henning Zencke: Was wird aus dem Sozialen Wohnungsbau in Westdeutschland?* Er befaßt sich mit den Tendenzen der offiziellen deutschen Wohnungsbaupolitik. Eine ganze Reihe von Problemen, die wir vorher bezüglich des übrigen Westeuropas festzustellen hatten, finden sich in der Bundesrepublik wieder: auch hier herrscht die Wohnungsnot in erster Linie bei den minderbemittelten Schichten, auch hier wird die Forderung nach «familiengerechten» Behausungen laut. Zencke plädiert mit überzeugender Begründung für die Beibehaltung des bisherigen Steuerprivilegs bei Hergabe von Wohnungsbau-Darlehen und -Zuschüssen und für einen Verzicht auf die Freigabe des Kapitalmarktes, weil dessen Finanzierung der Baukosten die Mieten nach oben treiben müsse. Da sei für den sozialen Wohnungsbau staatliche Unterstützung besser am Platz.

Es wirkt der Mensch, der Himmel aber segnet.

Grillparzer